

Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes
und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 17

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionsbüro
Montags vor dem Erscheinungstag. Die Zeitung
kabel durch die WSK bezogen L.-Markt für das
Bierzeitjahr. Mitglieder erhalten dieselbe gratis.

Köln, den 24. August 1929
Geschäftsstelle Deutzer Wall 9 / Fernruf West 37 259

Anzeigenpreis für die Leihangelegten 20 Mißmerzeile
20 Mißmerzeile. Steuergeld und -Angebote sollen
die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Voraus-
zahlung. Gelddruckungen Postkonto 3500 Köln

26. Jahrg.

Ein Ehrentag der christlichen Gewerkschaftsjugend

Das war ein glänzender Erfolg! Wir alle, Alte und Junge, stehen noch im Banne dieser gewaltigen Kundgebung christlicher Gewerkschaftsjugend. Was wir in den ersten Sitzungen des Reichsjugendauschusses bei den wirtschaftlichen Räten schüchtern erwogen, etwa zehntausend junge Gewerkschaftler nach Köln zu bringen, ist doppelt überboten worden. Ueber zwanzigtausend folgten dem Rufe ihrer Führer. Und schweren Herzens mußten mehrere tausend in den beiden letzten Wochen zurückgemessen werden, weil keine Schiffe mehr aufzutreiben waren, sie an der Rheinfahrt teilnehmen zu lassen. So wurde unser Jugendtreffen zu einer mächtvollen Kundgebung christlichen Gewerkschaftsgeistes.

Es gibt eine starke christliche Gewerkschaftsbewegung; es gibt auch eine starke, und vor allem zielbewußte christliche Gewerkschaftsjugend! Manche Gesichter der Spielher sind länger und länger geworden angesichts dieser marschierenden Werkjugend. Mit dieser Jugend muß man rechnen! Ihr seid versammelt, damit das ganze Volk, damit die Welt um uns lebe, die christliche Gewerkschaftsbewegung hat Erben, die die Fahne der Bewegung einst stehhaft weitertragen. So sprach Jakob Kaiser, der Landesgeschäftsführer, es aus in der Kundgebung. Ja, das sind Erben, die bereit sind, auch heute noch gleich den Alten die Fahnen der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung voranzutragen und zu verteidigen. Und zu streiten um und für die Rechte des Arbeiterstandes, wo immer es notwendig ist.

Diese Jugend will nur das Rechte. Sie fragt nicht, ob der Kampf ihrer Bewegung um soziale Gerechtigkeit allen paßt, ob er nicht Manchen in seiner Ruhe stört. Mit dieser Jugend und mit dieser Bewegung muß auch die anders orientierte Arbeiterschaft, die sozialistische und kommunistische, rechnen. Ebenso die politischen Parteien. Köln hat ihnen allen vor Augen geführt, wie es um die christliche Gewerkschaftsbewegung bestellt ist, daß sie eine Jugend und eine Zukunft hat.

Die Tage von Köln waren aber auch Tage freudiger Erlebnisse für die Alten. Sie, die unter körperlichen und seelischen Anstrengungen schlimmster Art die christliche Gewerkschaftsbewegung schufen und sie gegen eine Welt von Widerständen zu ihrer jetzigen Größe führten. Schon am Samstag in der Delegiertentagung sahen wir Franz Wieber, den nimmermüden Kämpfer der Metallarbeiter, freudestrahlend. Franz Wieber vertritt für die Jugend in besonderer Art das Ideal eines christlichen Gewerkschaftsführers. Wie mag sein Herz bewegt gewesen sein angesichts der großen Schar jungen Führernachwuchses. Und erst am Sonntag. Da lebte in den Alten ihre eigene kampfbegiertere Jugend wieder auf angesichts der gewaltigen, ihnen zujubelnden Menge junger Gewerkschaftler. In unsern Reihen schritt mit an der Spitze Ad. d. Schwarzmann, unser Ehrenvorsitzender. Der nunmehr fast Siebenzigjährige hat sicher zurückgedacht an jene Zeit, als er vor 30 Jahren mit nur wenigen Berufskollegen den Verband gründete. Heute marschierte er in einer stattlichen Gruppe junger Bekleidungsarbeiterinnen und -arbeiter aus allen Teilen des Reiches im Festzuge. Wir werden sie im Film noch sehen. — Aber nicht nur der noch lebenden Alten gedachte die Jugend. Sie vergaß auch die Heimgegangenen nicht. In ihren Reden und Gebeten gedachte sie jener teils allzufroh, teils nach vollendetem Leben Verstorbenen, die das stolze Gebäude unserer Bewegung mit aufbauen halfen. Namen wie Braun, Brust und die erst jüngst verlebene Margarethe Behm, Jakob Mehr

usw. wurden genannt. Ihnen allen, den lebenden und verstorbenen alten und jungen Führern, flogen die Herzen der Jungen zu und widmeten ihnen Treuschwur und Gelöbniß, in ihren Bahnen weiterzuwandeln. Wenn auch auf neuen Wegen.

Und nun kurz einiges zu den einzelnen Veranstaltungen im Rahmen des Jugendtages. Es ist unmöglich, in kurzen Ausführungen all das Schöne und Große der zwei Tage gebührend zu würdigen.

Körner (Köln) in klugen Ausführungen. Er ging davon aus, daß die Stellung der Arbeiterschaft heute trotz mancher Fortschritte in den letzten zehn Jahren noch nicht der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wertigkeit des Standes entspreche. Die christliche Arbeiterschaft wolle nicht andere unentbehrliche Schichten unterdrücken, aber sie wolle auch selbst nicht unterdrückt sein. Die Arbeiterschaft müsse aus der Stellung der „Habenichtse“ heraus. Die unverbrauchte Kraft der Jugend müsse vorbereitet werden, die rechte Rangordnung der Werte in der Wirtschaft zu erkennen und zu erstreben. „Der Staat kommt vor der Wirtschaft.“ Die Pflege rechter Staatsgesinnung ist eine der Arbeiten unserer Jugendbewegung.

Fräulein Mann (Berlin), die Leiterin der weiblichen Jugendbewegung, sprach über „Die werktätige Jugend in Wirtschaft und Staat“. Sie ging insbesondere auf die zahlenmäßige Bedeutung der Jugend, insbesondere der weiblichen Jugend, in der Wirtschaft ein. Daraus sich ergebend, formulierte sie die Forderungen zu den einzelnen vorliegenden Gesetzentwürfen zum Schutze der Jugend. Als solche nannte sie vor anderen: 1. das Arbeitsschutzgesetz, 2. das Berufsausbildungsgesetz und 3. das Berufsschutzgesetz.

Die Ausführungen aller drei Referenten wiesen begeisterte Zustimmung aus. Es ist hier nicht die Möglichkeit, ausführlicher auf die Referate einzugehen. Auch nicht auf die nachfolgend angenommenen Entschlüsse. Wir kommen aber später auf sie zurück. Erwähnt sei jedoch noch, daß sich die anschließende Diskussion vornehmer Sachlichkeit erfreute. Hier fehlten die in der Vergangenheit oft bitter empfundenen verfliegenden und überflügten Formulierungen mancher Jugendbewegten. Desto mehr kam immer wieder die heilige Liebe zur Bewegung, zu ihren Ideen und Arbeiten und zur Vorbereitung des Tak zum Ausdruck. Was hier sprach, war eine geschulte, aber keine verbildete Bewegung.

Am Nachmittag hielten die einzelnen Berufsverbände für ihre Delegierten Sondertagungen ab, die sich mit der Jugendarbeit in den Verbänden befaßten. An ihnen nahmen auch die aus den Verbänden hervorgegangenen Kollegen in höheren staatlichen oder gewerkschaftlichen Stellungen teil. So Minister Dr. Stegerwald, Baistrusch und Janßen vom Gesamtverband bei den Holzarbeitern, Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes, beim Textilarbeiterverband, Minna Mann, die Frauenobernentin des Gesamtverbandes bei unserem Verbande.

Unser Verband hatte seine Sondertagung in die Räume der Zentrale verlegt. Es sollten die Delegierten auch einen kleinen Einblick in die Einrichtung und Arbeit der Zentrale bekommen. Zwar war der Platz etwas klein, dafür aber die Stimmung der Anwesenden um so gehobener.

Unser Verbandsvorsitzender Boeder hielt zunächst ein kurzes Referat über „Notwendigkeit, Aufgaben und Arbeitsweise der Jugendgruppen in unserem Verbands“. Eine lebhafteste Aussprache, an der sich — wie auch an der Morgentagung — auch die weiblichen Delegierten sach- und sachgerecht beteiligten, schloß sich dem an. Auch hier wiederholte sich das freigegebene und bereitwillige Bekenntnis: Wir Jungen stehen treu zu unserer Bewegung und zu unserem Verbands. Ohn wollen wir mit ganzer Kraft dienen!



REICHSJUGENDLEITER VOSS ERÖFFNET DIE KUNDGEBUNG

Der Reichsjugendtag begann mit der Delegiertentagung am Samstag.

Rund 600 Jugendführer und -führerinnen, anteilmäßig von allen Berufsverbänden gesammelt, nahmen an ihr teil. In seiner Eröffnungssprache stellte der Reichsjugendleiter, Kollege Bosh (Berlin), ein erfreulich großes Wachstum der Jugendbewegung innerhalb der christlichen Gewerkschaften fest. Er gedachte des ersten Reichsjugendtages 1926 in Essen, von dem ein starker Antrieb für die Jugendarbeit ausging. Damals tagte man im Herzen des größten Industriegebietes der Welt. Man stellte die Arbeit in den Vordergrund der Betrachtung. Heute war der Rhein, ein Symbol für deutsches Volkstum und Staat, und Köln mit seinem Dom, das Symbol für Christentum und Deutschtum, unser Ziel. So beschäftigte sich der Reichsjugendtag diesmal mit den Grundgedanken der Stellung der Jugend zur Wirtschaft, zu Volkstum und Staat.

Sobann erstattete Kollege Bosh ein tiefdurchdachtes und glänzend formuliertes Referat über „Die Gedankenwelt der christlichen Gewerkschaftsjugend“. Von dem Grundgedanken der Mitverantwortung der Jugend für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat ausgehend, behandelte er die Stellung der christlichen Gewerkschaftsjugend. Er formulierte seine Gedankengänge in folgendem Schlußsatz: „Um der Ehre unseres Standes willen, dessen Aufstieg wir mit der heißen Gut unserer jugendlichen Herzen erstreben, und um der Gemeinschaft willen, die der letzte und überragende Sinn all unserer Arbeit ist, kämpfen wir in den Jugendgruppen der christlichen Gewerkschaften. Wenn wir einig und geschlossen zusammenstehen, dann meistern wir unser Schicksal, dann zwingen wir die Welt.“

Ueber die „Stellung der werktätigen Jugend zu Wirtschaft und Staat“ sprach

Am Anschluß an die sachlichen Beratungen wurde den Anwesenden die Einrichtung der Zentrale erklärt. Die Teilnehmer waren hoch erfreut, nun auch „ihre“ Zentrale näher kennengelernt zu haben.

Den Abschluß des ersten Tages bildete der deutsche Abend.

Wohl selten hat der historische „Gürzichsaal“ eine solche Fülle lebensfroher und lebensbejahender und doch so ernster junger Menschen gesehen. Ein Wald von Fahnen und Wimpeln zierte die Empore. Hier nun brachte die Jugend des Reiches durch den Jugendführer Wolf (König) ihr Treuegelübnis zum Ausdruck und zum Heimatgedanken dar. Hier auch sprachen begeistert und doch voll Wehmut die Jugendvertreter der abgetrennten Gebiete und des Auslandsdeutschtums. Sie waren erschienen aus dem Saargebiet (an die 500), aus Danzig, Eupen, aus Oesterreich und den Sudeten. Unter mächtigem Beifall bekannnten sie sich alle zur deutschen Kultur- und Schicksalsgemeinschaft. Auch Minister Dr. Siegelward, der sich von seinen Amtspflichten auf wenige Stunden freigegeben hatte, richtete eine kurze Ansprache an die Jugend. Er ermunterte sie, in den kommenden schweren Zeiten unter den uns auferlegten Lasten nicht zu verzagen, sondern mutig mitzuarbeiten an der Wiederaufrichtung des geliebten Vaterlandes. — Befang des Kölner Gewerkschaftschores, Orgelbegleitung, ein patender Prolog um umrahmten das Ganze. — „Brüder packt an! Stürmt voran! Bändigt die Zeit, hämmert ihr Meißel! — Wir schaffen neu! Wir schaffen freilich Ruft uns die Zeit: wir sind bereit!“

Den Höhepunkt des Jugendtages bildete die Veranstaltung am Sonntag.

Eingangs ist schon ein kleines Stimmungsbild des Tages entworfen. Ergänzen wir es mit knapper, sachlicher Darstellung. Bereits am Sonnabend waren Tausende junger Gewerkschaftler in Köln angekommen. Aus Ost und West, Süd und Nord; aus Danzig und Königsberg, aus Breslau und München und Freiburg. Und nun am Sonntagmorgen kam Zug auf Zug, Trupp auf Trupp. Die Eisenbahnverwaltung konnte nicht alle Sonderzüge auf dem Kölner Hauptbahnhof und in Deutz placieren, sondern mußte sie nach Köln-Süd und Rast leiten. Mit Fahnen und Wimpeln und Musik- und Trommelchören rückten die Massen auf der Festloste im Ausstellungsgelände an. Infolge der musterartigen Vorbereitung alles in schärfster Ordnung.

Wir sind eine christliche Bewegung. Darum gaben wir zuerst unserm Herrgott den schuldigen Tribut. Die katholische Mannschaft hielt auf dem Rundgebungsplatz, die evangelische auf einem Nebenplatz des großen Geländes ihren Feldgottesdienst. Unsere engen Freundschaftsbeziehungen zum katholischen Gesellschaftsverein kam darin zum Ausdruck, daß dessen Generalsekretär Dr. Kattermann den Gottesdienst hielt. Den evangelischen Gottesdienst hielt Pfarrer Holland. Beide legten ihren Predigten den Sinn der christlichen Arbeiterbewegung unter: „Ist Christus nicht des Zimmermanns Sohn, unser Gott und Erlöser? — Das Heil der Welt ist aus der Werkstatt hervorgegangen.“ — Ja, wir bekennen

uns zu ihm, zu ihm als dem Urgrund allen Seins und des Zieles all unseres Handelns.

Und dann begann die Rundgebung. Kollege Wolf sprach einleitend lehrhaft bewegt und hochfreudig zu den Massen. (Wir bringen vorstehend das Bild.) Den hohen Gästen, darunter der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Udenauer, erbot er Willkommen und Gruß. Und jetzt spricht Jakob Kaiser, der Landesgeschäftsführer. In knappen Sätzen, prägnant und klar und packend. Er redet vom „Erbe“, das die Alten schufen, die Jungen übernehmen, hegen und mehrern müßten. Für die Jungen ist dieses Erbe schicksalbestimmend, für unser Volk und Vaterland ein Stück Lebensfrage. Die Jugend ist bereit, das Erbe zu übernehmen, bereit und befähigt. So lang es aus: „Freunde, angesichts der Fabriken und ihrer rauchenden Schloten des Industrielandes um uns herum, die uns von unserer Arbeit sprechen, angesichts des deutschen Rheines — Görres nannte ihn des Vaterlandes hochschlagende Pulsader — angesichts des Kölner Domes, dessen ragende Türme unseren Geist mahnen, daß aller Menschenkampf dem Ewigen dienen muß, Klingt unser Schwur: Kraft und Treue dem Erbe der Bewegung; Kraft und Treue dem Stand der Arbeiterkraft, dem Stand der Gegenwart, dem Stand der Zukunft; Kraft und Treue dem deutschen Vaterland!“

Die Jugend steht ganz im Banne der Rede, die durch Lautsprecher weitergetragen wurde. Aus übervollem Herzen leisten sie dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Bernhard Dite, den Treuschwur:

Wir wollen treue Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sein. Wir wollen unermüdblich für die christlichen Gewerkschaften arbeiten. Wir wollen allezeit beherzt eintreten für unsere berechtigten Forderungen.

Wir wollen selbstlos und treu unser Volk und Vaterland lieben und jederzeit dafür eintreten.

Und dann folgt ein wichtiger Sprecher von Christoph Wieprecht. Mit dem „Niederländischen Dankgebet“ schloß diese Beihetunde. — Dann formierte sich der Zug.

Straß und geschlossen marschierte der Zug über die stolze Rheinbrücke, durch Kölns Straßen. Stolz wehen Fahnen und Wimpeln; — demütig vor unserm Herrgott, frei und pflichtbewußt im privaten und öffentlichen Leben, so folgt ihnen diese Arbeiterjugend! „Wenn wir schreiten Sei“ an Seite, und die alten Weiber singen, und die Wälder widerklingen, führen wir, es muß gelingen. — Mit uns zieht die neue Zeit!“

Der Zug geht zum Rheinufer. 23 Schiffe, davon 16 der größten, nehmen den größten Teil dieser Massen auf. In die 18 Laufend waren es. Die Fahrt geht bis Nonnenwerth, an Königswinter mit unserer Gewerkschaftsschule und Erholungsheim vorbei. So gehen die Teilnehmer den auch von Frau Sonne begünstigten Nachmittags auf den herrlichen Fluten des schönen der deutschen Flüsse. „O, du wunder schöner deutscher Rhein, du sollst ewig Deutschlands Zierde sein!“

Imbusch, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes wählte am 13. August an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Minister Dr. Siegelward, den Leiter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Heinrich Imbusch, M. d. R., zum neuen Vorsitzenden. Siegelward trat bekanntlich zurück, um sich vollständig seiner politischen Tätigkeit widmen zu können. Wir dürfen bei seiner ganzen Einstellung wohl hoffen, auch in Zukunft in ihm einen treuen Freund und Berater zur Seite zu haben. Der neue Vorsitzende bringt zu seinem Amte das weitgehende Vertrauen der christlichen Arbeiterschaft mit. Obgleich erst 50 Jahre alt, ist er doch einer der alten Kämpfer der Bewegung. Unter seiner Leitung wird der DGB, seine achtunggebietende Stellung weiter ausbauen.

— Die nicht Mitfahrenden besichtigten unter ortskundigen Führern am Nachmittag die Schönheiten des „hülligen Kölns“.

Nach glücklich beendeter Rheinfahrt und der Besichtigung der Stadt verließ die größte Mehrzahl der Teilnehmer am Abend Köln. Sie kehrten mit heisser Begierde und noch erfüllt von dem Erlebten an die Stätten ihrer Arbeit zurück.

Für uns alle war der zweite Reichsjugendtag ein Gipfel gewerkschaftlichen Erlebens. Er soll uns aber auch ein Jungborn für unsere tägliche Arbeit im Beruf und in der Bewegung sein. So behält er diebleibenden Wert für jeden Teilnehmer und für die Gesamtheit.

„Aufwärts den Berg, schaut dem Gesicht Freit ins Gesicht. Fürdüstet es nicht. — Den Hammer schwingt, ein Truglied singt! Das Eisen kling! Das Wert gelingt!“

Aus der Ferrerentfektion

1.50 RM. Entlohn für eine Rodenjoppe.

Die Firma Jakob Deich in Wschaffenburg bietet den ihr an Ansuchen vom Arbeitsamt Wschaffenburg zugewiesenen Heimarbeitern für Rodenjoppen einen Stücklohn von 1.50 RM. an. Da diese Firma nicht irgendein kleiner Wagenleiter, sondern die Älteste Kleiderfabrik und Mitglied des Arbeitgeberverbandes in Wschaffenburg ist, dürfte dieser Fall von „Tariffreue“ auch dem Arbeitgeberverband für die Ferrer- und Anabenkleiderfabrikation nicht uninteressant sein.

Vom Arbeitsamt Wschaffenburg müssen wir erwarten, daß es die Zuweisung von Heimarbeitern an diese Firma so lange einstellt, bis dieselbe die Gemäß für tarifliche Entlohnung ihrer Heimarbeiter bietet.

Vom Arbeitgeberverband müssen wir verlangen, daß er als Tarifträger nicht nur den Mitkontrahenten Gewürfe macht, sondern zunächst in seinen eigenen Reihen Ordnung schafft. Er vertritt die wirtschaftlich stärksten Komponenten die nicht aus Rot tariffreuen zu werden brauchen. D. K.

Meister Dittgen

Von Johanna Weiskirch.

Er war eine Herde seines ehestamen Schneiderhandwerks, der Meister Dittgen, wenn er es auch nur als Tischschneider ausübte. Wo ich aber, wie in meinem Elternhause, säß wie die Orgelpfeifen untereinanderkommende, wilde Jungens befinden, wird man Verständnis für die Hochachtung meiner Mutter vor Meister Dittgens Kunst besitzen. Unter seiner emigen Nadel gingen nämlich die von den „wülken Gesellen“, wie er meine Brüder mehr oder weniger grimmig titulierten, mihandelten Hosen, Joppen und Westen immer wieder „auf neu“ hervor. Wenn ihm meine Mutter dies Kompliment machte, strakte Meister Dittgen und zog die Schnupftabakdose. Mit dem Zeige- und Mittelfinger Inobelsche er energisch auf ihren Dedel, öffnete sie, warf sich eine tüchtige Prise Obentot in die nicht zu kurz gekommene Nase, klappte die von ihrem fleißigen Gebrauch zeugende Dose mit einem förmlichen Knall zu und sagte dann jedesmal: „Ja, ja, so ist das so: Wat Neues zu machen, das ist lei Kunscht, emmer ebbes alles uff neu herauszupolimentieren, dat, Madam Schneider, dat is et!“

Nein, nein, neue Kleider, auch nicht für meine Brüder, konnte Meister Dittgen nicht zur Befriedigung meiner Mutter anfertigen, denn irgendwo haperie es dabei immer. Die „wülken Gesellen“, die, als sie größer und auch eittler wurden, erklärten eines Tages energisch und feierlich, sie würden die von Meister Dittgen aus Vaters und Großvaters abgelegten Hosen und Röden gemachten „neuen“ Anzüge unter keinen Umständen mehr anziehen. Das geschah an dem demütigsten Tage, da meine beiden ältesten Brüder, der Fritz und der Heinrich, mit den aus Meister Dittgens Händen hervorgegangenen „Klaffen“ vor ihm und meiner Mutter erschienen, um sich darin zu zeigen. Ich wohnte dem Ereignis aus bei, und bis auf den heutigen Tag steht es unverwundbar vor meiner Seele: wie hell, blaue, glänzende, vor Empörung flammende Anabengestirte, über denen sich die blonden Haarschöpfe förmlich häubten, sahen den erwartungsvoll blickenden Meister Dittgen vernichtend an und Bruder Fritz rief: „Der Madam soll ich anziehen? Da lausen wir ja die Gänse nach und lassen! Meister Dittgen, so wat Ihr habt mir ja den Hofenboden vorn hingehängt. So ein Konstrum von einer Zug war noch nie da!“ Als Fritz nach Atem schnappte, rief Bruder Heinrich: „Und in meinem Hofenboden hat unsere Wulki mitlamm ihren Jungen Platz! Und die Joppe erst. Da ist ich dein aus wie mein eigener

Urgroßvater!“ Und Bruder Fritz schrie mit Schmincklagender Stimme: „Mutter, das sage ich dir, ich zieh das Zeug nicht an, was der Dittgen da zusammengeschnidert hat; Aber gehe ich im Hemd!“

Speech und verließ, gefolgt von Bruder Heinrich, die Nächstube im ersten Hause. Mutter und Meister Dittgen sahen sich stumm an, und ehe noch der kleine Mann seiner tiefen Enttäuschung Luft machen konnte, flogen durch einen offengebliebenen Lufspalt die beanstandeten „neuen“ Anzüge vor seine Füße.

Die Sache hatte für meine Brüder ein wenig erfreuliches Nachspiel, da sie meines Vaters traustvolle Rechte auf ihren Schreibern über zu spüren bekamen. Um so mehr als der wütende Meister Dittgen an dem Tage seiner Niederlage bei meinen Brüdern sein Handwerkszeug schmeißend zusammenstakfte und erklärte, für solche „wülke Gesellen“ keine Nadel mehr rühren zu wollen. Alles Bitten meiner Mutter, sich doch beruhigen und bleiben zu wollen, half nichts; Meister Dittgen schlug schmetternd die Haustüre nicht in mein Elternhaus zu bekommen. Meine Schwestern und ich waren recht betrübt darüber, denn wir waren ihm sehr zugehan. Schon wenn der zur Arbeit bei uns angefordert wurde, herrschte eitel Freude bei uns. Er wohnte nämlich mit seiner alten Schwester zusammen in einem nahegelegenen Dorfe, wohin wir mit großem Vergnügen wanderten, wenn Mutter ihn benötigte. Frei, war das sein. Es gab Jagenmüde und Kaffineweide bei der Dittgenss Haus, und ich meine, daß mir selten etwas besser geschmeckt hat. Vom Schneidertisch herunter, auf dem er wie ein Gnom hockte, sah Meister Dittgen unserm Schmausen schmunzelnd zu und sagte zu seiner Schwester: „Ja, Kathrinchen, dann hilft dir nit, dann muß ich mich Abend uff die Lappen nach Seiterich machen, so für mich Tag.“ Dittgens Bas nicht und meinte voller Stolz: „Et ist gut Hannes, geh nur, die Madam Schneider weiß, wat du launs, dat weiß die!“ Mühselig kam Meister Dittgen dann an, härtete sich zunächst an gutem Kaffee, den er leidenschaftlich gern trank, und richtete sich nun seinen Schneidertisch in der ersten Nächstube her. Er war von kümmerlicher, kleiner Gestalt, auf der ein ungewöhnlich großer Kopf saß, der mit dem höchsten Haarschopf und dem starken Bartwuchs ein Kinderhänd hätte sein können, wenn nicht ungemittelt glühende Augen von Harter Bläue aus dem Gesicht hervorschaugten hätten. Nur, wenn Meister Dittgens Können angewiewelt wurde, konnten sie sehr schön schauen. So, wie es an dem Tage geschah, da meine Brüder ihn tödlich beleidigt hatten.

Er kam aber doch wieder in die erste Nächstube, nachdem ich und meine jüngere Schwester ihn mehrmals, zweimal vergebens, in Mutters Namen darum baten. Zunächst war er etwas unnahbar, besonders gegen die „wülken Gesellen“. Bald aber saute er wieder zum alten Meister Dittgen auf, schenkte meinen Schwestern und mir herrliche Sants- und Seidenlappchen, racht uns aus Seiffante allerlei hübsche Sachen und erzählte uns die wunderbarsten Märchen und Geschichten. In seinem Buche waren sie zu lesen, und eines schönen Tages gestand uns Meister Dittgen halb verstimmt, halb stolz, daß er alles, was er uns erzähle, selbst erfinde. Von diesem Tage an blieb er gewaltig bei uns im Ansehen, selbst den „wülken Gesellen“ imponierte er. Und das wollte etwas heißen, denn sie waren imposanten Dantauer und Quartaner geworden und bildeten sich ein, viel zu wissen. Ich glaube, daß Meister Dittgen sich sehr freute, als sie in ein auswärtiges Gumnasium kamen, wenn er es auch nicht sagte. Nach wie vor besetzte er, wenn die Brüder, die er jetzt nicht mehr „wülke Gesellen“ sondern „Sturenben“ nannte, in die Ferien kamen, ihre Sachen aus. Außerdem hatte er die Vertags- und Schulanzüge der drei jüngeren Brüder inkand zu halten. Zudem auch Vaters Arbeitskleider. Immer noch saßen meine Schwestern und ich, trotzdem wir Badische mit Hangejoppen oder Greichenrützen waren, gerne zu Meister Dittgens Füßen, wenn er in der Nächstube des Elternhauses auf dem Arbeitstische saß, und die große Hornbrille auf der Nase, nähte und schnappte — schnappte und nähte, und dazwischen seine selbsterfundnen Märchen und Geschichten erzählte.

Großen Kummer machte es ihm, wenn man ihn bat, ein besonders hübsches Märchen noch einmal zu erzählen. Da ihm das nicht gelang, erliefte er es öfter, daß wir ihn unterbrachen und tadelten: „Korbin was es aber ganz anders und viel schöner, Meister Dittgen!“ „Ja Kinder, dat is nun mal so, ich bin ja kein Buch!“ meinte er dann. In meinem Elternhause wurde endlich um ihn getrawert, als es eines Tages hieß: Meister Dittgen ist gestorben. Eine Lungenentzündung raffte ihn in wenigen Tagen dahin. Mutter war ganz ratlos und behauptete, einen Flidschneider wie ihn gäbe es nicht mehr. Sie und wieder besuchten wir keine vereinigte Schwester, die das Andenken des Bruders in hohen Ehren hielt. Sein Arbeitstisch stand unberührt wie er ihn zum letztmalig verlassen hatte. Nur um einige Jahre ähertete Dittgens Was ihn. Sie war eine fromme Jungfer und die Arbeiterjugend, daß sie den Bruder in einem anderen Leben wiedersehen, soll ihr, wie wir hörten, den Tod leicht gemacht haben.

Die Neuregelung der Kriegstribute

Der Young-Plan

Seit dem 1. September 1924 ist der sogenannte Dawes-Plan, der die deutschen Kriegskontributionen regelt, wirksam. Der Dawes-Plan wurde bekanntlich durch das Londoner Abkommen vom 30. August 1924 von den vorantworstlichen Politikern anerkannt. Zum ersten Male forderte er jetzt von Deutschland die sogenannte „Normalleistung“, d. h. eine Jahreszahlung von 2500 Millionen Goldmark. Die vier vorhergehenden Annuitäten hatte sich die deutsche Wirtschaft durch Anleihen vom Ausland gebohrt. Die Alliierten sungen schließlich an zu begreifen, daß die deutsche Wirtschaft keine 2500 Millionen G.M. im Jahre fortzahlen kann. Der Dawes-Plan war ja auch nur als eine vorläufige Regelung gedacht. Der Reparationsagent Warter Gilbert schlug daher schon in seinem vorletzten Jahresbericht die Revision des Dawes-Planes und die Abklärung desselben durch ein endgültiges Abkommen mit Deutschland vor. Seinen letzten Bericht über Deutschlands Wirtschaft fürchte er zögerig, um für seine Auftraggeber bei den kommenden Verhandlungen in Paris das Bestmögliche herauszuholen. Es wurde dann wieder ein sogenannter Sachverständigenauschuß, über den sich die beteiligten Regierungen vorher einigten, einberufen. In den Verhandlungen dieses Sachverständigenausschusses nahmen als deutsche Vertreter teil der Reichsbankpräsident Dr. Schaack, der Generaldirektor Dr. Rögler von der Dortmunder Union, das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Kollt vom Reichsverband der Deutschen Industrie und der Bankier Dr. Melchior aus Hamburg. Bemerkenswerterweise befand sich trotz Beschwerde der Gewerkschaften bei der Reichsregierung kein Vertreter der deutschen Arbeiterschaft unter den deutschen Unterhändlern, obwohl doch schließlich die Arbeiterschaft am schwersten an den Kriegslasten zu tragen hat, und trotzdem die Sozialdemokratie sowohl in der Reichsregierung als auch in der Preussischen Regierung die Führung hat. Den Vorsitz der Sachverständigenkommission, die in 17wöchigem Ringen den neuen Tributplan für Deutschland ausgearbeitet hat, führte der Amerikaner Young.

Der neuentworfenene Zahlungsplan, der das deutsche Volk 58 Jahre lang zugunsten der ehemaligen Feindstaaten tributpflichtig machen soll, wird kurz als Young-Plan bezeichnet. Es wird kein Mensch behaupten wollen, daß der Young-Plan weitgehende Befriedigung in Deutschland ausgelöst hat. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil der neue Tributplan ebensowenig wie der vorläufige Dawes-Plan auf einer reichhaltigen Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit beruht und weil keinerlei Sicherheit besteht, daß die zu seiner Erfüllung unbedingt nötige deutsche Ausfuhrleistung auch tatsächlich eintritt. Die Pariser Sachverständigenkonferenz hat sich leider nicht von wirtschaftlichen, sondern gezwungenermaßen und bedauerlicherweise von politischen Gesichtspunkten bei der Durcharbeitung des neuen Planes beherrschen lassen. Bei der nunmehr folgenden Nachprüfung des Vorstages der Pariser Sachverständigen werden unsere Politiker vor allem die Revisionsmöglichkeit des Young-Planes, die Räumung der besetzten Gebiete und die Wiedereingliederung des Saargebietes durchsetzen müssen.

Der Young-Plan soll am 1. September 1929 beginnen. Bis dahin bleibt der Dawes-Plan in Geltung. Inzwischen soll die deutsche und die belgische Regierung noch ein Abkommen über die alten belgischen Markforderungen abschließen. Dieses Abkommen ist bereits getroffen worden. Das bisherige Reparationsjahr läuft bekanntlich vom 1. September bis zum 31. August. Damit die neuen Jahreszahlungen mit dem Rechnungsjahr des Reichshaushaltes zusammenfallen, wird das erste Jahr des Young-Planes nur sieben Monate umfassen, d. h. also am 31. März 1930 zu Ende gehen. Vorgegeben sind insgesamt 37 Jahreszahlungen, die mit dem 31. März 1966 aufhören und einen durchschnittlichen Jahreswert von 1988,8 Millionen RM. ohne die Zinszahlung und Tilgung der Dawes-Anleihe haben. Mit Einschluß der Dawes-Anleihe beliefert sich die neue Durchschnittsannuität auf 2050,6 Millionen RM. gegenüber einer bisherigen Jahreszahlung von mindestens 2500 Millionen RM. In den neuen Jahreszahlungen befinden sich keine Beträge mehr für die Kosten der Besatzungstruppen im Rheinland. Den beteiligten Regierungen ist es überlassen worden, sich darüber zu verständigen. In Deutschland wird selbstverständlich von jedermann mit vollem Recht die Auffassung vertreten, daß die Rheinlandbesetzung, wenn der Young-Plan angenommen werden sollte, keinerlei Berechtigung mehr hat.

Die Zahlungen sind in den ersten 10 Jahren niedriger gehalten, steigen aber allmählich an. Außer den 37 Jahreszahlungen sind zur Abdeckung der interalliierten Kriegsschuldzahlungen weitere 22 Annuitäten zu leisten. Diese Annuitäten schwanken vom Jahre 1926 bis 1938 zwischen rund 1600 und 1700 Millionen RM. jährlich, um in den letzten drei Jahren unter 1 Milliarde Mark pro Jahr zu sinken. Für diese Jahreszahlungen sind im Young-Plan besondere Erleichterungen der Aufbringung vorgesehen. Die zu schaffende sogenannte Reparationsbank soll in den ersten 37 Jahren Gewinne ansammeln, die zur Abdeckung der deutschen Kriegsschulden mit verwendet werden sollen. Ferner ist vorgesehen, daß ein Schuldennachlaß der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber ihren Schuldnern auch Deutschland zugute kommt. Deutschland soll von jeder Erleichterung der Kriegsschuldzahlungen seiner Gläubiger in den ersten 37 Jahren 60% Prozent in Form einer entsprechenden Verabfolgung seiner Jahreszahlungen erhalten. Den Gläubigern soll von einem etwaigen Schuldennachlaß

ein Drittel bleiben. Von diesem Drittel sollen sie während der Dauer der Kriegsschuldennachregelung 8% Prozent an die Reparationsbank abführen, wo die Beträge aufammelt und ebenfalls zur Dedung der letzten 22 Jahre herangezogen werden sollen. Jeder Schuldennachlaß bezüglich der letzten 22 Jahre soll Deutschland voll zugute kommen. Die Jahreszahlungen sind in der angegebenen Höhe monatlich in ausländischer Währung an die Reparationsbank vorzunehmen. Die Jahreszahlungen bestehen aus zwei Teilen: einer festen unveränderlichen Jahressumme von 660 Millionen RM. die unbedingt zu zahlen ist, und dem sogenannten „geschügten“ Reiteil. In diesem bedingten Teil der Jahreszahlungen befinden sich auch die Sachlieferungen. Die Sachlieferungen sind nur noch für die Dauer von 10 Jahren vorgesehen und beginnen im ersten Jahre mit 750 Millionen G.M., um sich dann jährlich um 50 Millionen G.M. zu vermindern und im ersten Jahre mit 300 Millionen G.M. aufzuhören. Die künftigen Zahlungen nach dem Young-Plan werden, wenn er von den Politikern angenommen werden sollte, von der Reichsbank und vom Reichshaushalt ganz beglichen werden müssen. Die Reichsbank ist eigentümlicherweise nach wie vor für die Verzinsung und Tilgung der Reparationsobligationen mit jährlich 860 Millionen G.M. haftbar, in Zukunft allerdings in der Form einer deutschen Steuer unter Fortfall der Obligationen und der Beteiligung von Ausländern an der Bankverwaltung. Der Restbetrag, der also dem sogenannten „geschügten“ Teil entspricht, ist aus Reichshaushaltsmitteln zu zahlen. Der Sachverständigenauschuß hat vorgeschlagen, alle noch bestehenden Kontrollen, Sicherheiten, Pfänder oder Besetzungen fortlassen zu lassen, wenn die Reichsregierung die Übernahme der im Young-Plan vorgesehenen Verpflichtungen erklärt. Allerdings bleiben zwei Ausnahmen bestehen, und zwar die schon genannte Belastung der Reichsbank und die Verpfändung der Zölle und bestimmter Verbrauchssteuern.

In den Plan sind einige Sicherheitsventile eingebaut worden, die bei etwaigen aufstrebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland Erleichterungen bringen sollen. Es sind notfalls vorgezogen ein Transfer- und auch ein Zahlungsausschuß. Der Transferausschuß ist für höchstens zwei Jahre zulässig. Außer den für die Übertragungsschwierigkeiten vorgesehenen Erleichterungen sollen aber auch solche notfalls für die innere Aufbringung geschaffen werden. Die deutsche Regierung hat das Recht, von sich aus Zahlungsausschuß zu verlangen, wenn der Transferausschuß bereits ein Jahr in Kraft gewesen ist. Sollten diese kurz angeordneten, zur Behebung vorübergehender Spannung einschalteten Sicherheitsventile nicht ausreichen, dann kann die deutsche Regierung jederzeit den Regierungen der Gläubigerländer und der „Bank für internationale Zahlungen“ mitteilen, „daß sie in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen, daß die Währung und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausschließbaren (geschügten) Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten...“ Diese sogenannte „Sicherheitsklausel“ hat immerhin einige Bedeutung.

Die großen deutschen Unternehmerorganisationen, z. B. der „Deutsche Industrie- und Handelsrat“, der „Reichsverband der Deutschen Industrie“ und der „Reichsverband des Deutschen Groß- und Uebelhandels“ brüden sich in der Beurteilung des Young-Planes sehr vorständig aus. Man kann aber zwischen den Zeilen lesen, daß sie anscheinend im Grunde doch bereit sind, den Plan anzunehmen, wenn mit seiner Annahme die Gesamtliquidierung des Krieges in politischem Sinne verbunden würde, d. h. daß dabei der deutsche Boden frei wird von der Besetzung und daß Deutschland handelspolitisch gegenüber anderen Mächten nirgendwo mehr unterdrücklich behandelt wird. Bei dieser Gelegenheit lassen die großen Unternehmerverbände, wenn auch verhalten, erkennen, daß, wie sie sagen, „die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auf die Steigerung der Produktivität gerichtet werden muß“. Damit meinen sie eine Ermäßigung der Steuern für sich, eine Lockerung der lohnpolitischen Bindung und die „Reformierung“ der Arbeitslosenversicherung nach ihrem Wunsch und Willen.

Die Arbeiterschaft hat sich nichtern zu fragen: Bedeutet die in Paris erfolgte Neuregelung der Tributzahlungen gegenüber dem Dawes-Plan einen Fortschritt oder Rückschritt? Es besteht kein Zweifel, daß der Young-Plan gegenüber dem Dawes-Plan, wenn man die Dinge rein finanziell betrachtet, ein Fortschritt für uns darstellt. Wir müssen jetzt, was wir zu zahlen haben, und die übrige Welt auch. Das bedeutet für Deutschland, über dem bisher das Damoklesschwert dicker Ungewißheit schwebte, eine Stärkung des Kredits.

Die Befestigung des Wohlstandsindex, der das Aufblühen der deutschen Wirtschaft gewissermaßen mit einer Strafe, d. h. mit höheren Zahlungen belegt, hat einige Bedeutung. Die Entlastung der Industrie von den jährlich rund 300 Millionen, die für die fünf Milliarden Hypothek an Zinsen und Amortisationen zu leisten waren, gibt der Industrie eine gewisse Erleichterung, und in den ersten 10 Jahren stehen die Annuitäten unter 2000 Millionen G.M., während der Dawes-Plan 2500 Millionen Goldmark ohne den Wohlstandsindex bisher vorsah. Der Young-Plan kennt auch keine Kontrollinstanzen der Gläubiger mehr. Er beseitigt die Eisenbahnschuldverschreibungen, ebenso auch die Industriebankobligationen und hebt auch im wesentlichen die Verpfändung der Verbrauchsabgaben auf. Allerdings ist der Transferauschuß gegenüber dem Dawes-Plan gelockert, was immerhin nicht unbedeutend ist. Die Einrichtung eines „World-Clearing-House“

oder einer Weltbank, die in geschäftsmäßiger Weise die gegenseitigen Zahlungen und Ueberweisungen der Schulden und Kriegstribute regelt und geeignet ist, die ungeheuren Schwankungen der Devisenkurse auszugleichen, ist immerhin besser als die politischen Kontrollkommissionen des Dawes-Planes und das jetzige Durcheinander in der Disfontgebarung der Zentralnotenbanken.

Bei der Beurteilung des Young-Planes ist noch zu sagen, daß er bestimmt nicht das endgültige und letzte Wort in der gesamten Tributregelung darstellt. Seine Räter haben klar erkannt, daß sie unter politischer Beeinflussung den Plan aufgestellt haben. Sie sagen selbst an einer Stelle in ihrem Bericht: „Wir haben aber ebenso wie unsere Vorgänger feststellen müssen, daß politische Faktoren notwendigerweise gewisse Grenzen setzen, innerhalb derer die Lösung gefunden werden mußte, wenn die Annahme unserer Vorschläge sicher sein sollte. Wir mußten daher unsere Entscheidungen nicht nur auf wirtschaftliche, sondern in gewissem Umfang auch auf politische Erwägungen gründen.“ Daraus kann man schließen, daß auch ihr Vorschlag nicht die endgültige Lösung sein wird. Er ist ebenso wie der Dawes-Plan lediglich ein Experiment. Sein schließliches Schicksal wird ganz sicherlich zu gegebener Zeit politisch entschieden werden. Denn es erscheint als eine völlige Unmöglichkeit, daß ein Volk beinahe 60 Jahre lang, also mehrere Generationen hindurch, Kriegstribute leisten soll. Ebenso erscheint es als unmöglich, daß sich Amerika 60 Jahre von den Engländern, Franzosen, Italienern u. m. Schulden zahlen lassen kann, die absolut unökonomischer Natur sind.

Die deutschen Arbeiter werden selbstverständlich überall dort, wo sich aussichtsreiche Bestrebungen zeigen, eine Erleichterung der Zahlung der unerhörten Kriegstribute zu erreichen, kräftig mitarbeiten. Wogegen sie sich aber jetzt schon wehren müssen, sind Bestrebungen der Unternehmer und auch der übrigen bürgerlichen Welt, die Lasten des Young-Planes mit einer Verschlechterung der ohnehin sehr gedrückten Lebenslage der Arbeiter bzw. der Sozialpolitik auszugleichen zu wollen. Dazu liegt auch absolut keine Veranlassung vor. Die deutschen Gewerkschaften, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, werden solchen Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen, entgegenzutreten wissen. Die Abwehr der kapitalistischeren Bestrebungen allein genügt aber keineswegs, sondern die Arbeiterschaft muß fordern, daß die freiverwendenden Beträge zur Hebung ihres Lebensstandards und zur Verbesserung der viel zu niedrigen Invalidenrente benutzt werden. F. Baitsch.

Konsumgenossenschaften und Arbeitnehmerbewegung

Ueber dieses Thema sprach auf dem 20. Genossenschaftstag des Reichsverbandes Deutscher Konsumvereine e. V. Köln, in München v. Baitsch. Redner führte aus: Die vielfach vertretene Auffassung, daß die Konsumgenossenschaften gewissermaßen eine Ergänzung des Gewerkschaftswesens darstellen, ist schief. Die Konsumgenossenschaften sind mehr. Die Genossenschaftsführer können Träger einer weltanschaulichen Mission sein, wenn sie aus der Genossenschaftsarbeit, die absolut christliche Gedanken enthält, ihre Kraft zum wirtschaftlichen Handeln schöpfen. Die Konsumgenossenschaften wollen durch ihre heftigste Idee und durch tatkräftiges gemeinwirtschaftliches Handeln dem seelenlos und brutalen Kapitalismus immer mehr Terrain abgewinnen. Der Jahresumsatz der Konsumgenossenschaften hat bald 1 1/2 Milliarden Mark erreicht. Die Organisation des Konsums soll gleichzeitig die Organisation der Produktion in sich schließen. Der richtige Grundgedanke des oft verkanteten großen Volkswirtschaftlers Adam Smith müßte in der wirtschaftlichen Praxis zum Durchbruch kommen, nämlich „daß Zweck und Ziel der Produktion die Konsumtion ist“. Der private Unternehmer treibt seine Sache nur um des Gewinnes willen. Da heute in der kapitalistischen Wirtschaft das außerordentlich viele so machen, muß schließlich der Markt überfüllt und verstopft werden und die Krise eintreten. Gegen Preisentstimmungen sichern sich dann die kapitalistischen Unternehmer durch die Bildung von Trusts, Kartellen, Syndikaten, Ringen usw. Sie wenden sich mitbin ganz klar gegen den Konsumenten. Hier haben die Genossenschaften eine besondere Aufgabe. Es kommt nicht darauf an, daß eine dünne Schicht im Volke sich mit Luxus und Wohlleben umgibt, sondern daß die breiten Massen des Volkes über ausreichenden und gesunden Nahrungsmittel, über genügende und preiswerte Bekleidungsgegenstände und über reichliche und gute Nahrungsmittel verfügen. Dazu sollen die Genossenschaften in erster Linie dienen. Der Weg zur Entproletarisierung der Massen und ihre Beteiligung am Wohlstand in der Wirtschaft geht in erster Linie über die Genossenschaften.

Die Aufgabe der Berufsverbände der Arbeiter, Angestellten und Beamten, also der Gewerkschaften, ist es, dafür zu sorgen, daß die Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen eine stetige Besserung erfahren. Dabei muß man sich klar sein, daß es nicht allein auf die Höhe des Einkommens, sondern auf den Kaufwert desselben ankommt. Die Konsumgenossenschaften sind absolut dazu geeignet, die Kaufkraft des Einkommens ihrer Mitglieder zu stärken und dadurch den Reallohn als echten Lohn zu heben. Es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß die Gewerkschaften die Konsumgenossenschaften unterstützen.

Der Streit um den Urlaub in der Massschneiderei

Wir teilten in der letzten Nummer unserer Zeitung mit, daß die Gehilfenverbände einen Antrag zwecks klarerer Fassung der Urlaubsbestimmungen beim Adm einreichten, weil sich in letzter Zeit wiederholt Differenzen aus der jetzigen Fassung ergeben haben. Zu unserer Ueberraschung lehnte der Adm diesen Antrag mit Schreiben vom 1. August dieses Jahres ab, obgleich nach übereinstimmender Auffassung der bei der Vereinbarung vom 25. April 1929 beteiligten Gehilfenvertreter die nun uns vorgelegene Fassung das Innigste wiederholt, was am 25. April vereinbart wurde. Man hatte bei der

Abschluss der damaligen Vereinbarung auf Gehilfen-
seite nicht damit gerechnet, daß es noch immer so viele
Arbeitgeber gibt, die irgendeine Unfairheit in den
tarifvertraglichen Abmachungen dazu benutzen, das für
sie günstige daraus zu konstruieren, ohne Rücksicht
darauf, welchen Sinn die Vertragsparteien der Verein-
barung geben wollten. Behauerlicherweise verfahren
manche Arbeitsgerichte ebenfalls rein formaljuristisch,
obwohl sie genügend Mittel hätten, den wirklichen Sinn
einer vertraglichen Bestimmung durch die Vertragspar-
teien kennenzulernen. Darum war eine andere Fassung
der Vereinbarung notwendig. Es ist bedauerlich, daß
der Adva eine solche ablehnt. Wir wollen nicht, wie wir
ein solches Verhalten deuten sollen.

Der Adva spricht in seinem Briefe vom 1. August
offen aus, daß das von uns zur Begründung des An-
trages angezogene Urteil des Arbeitsgerichts Magdeburg
nach seiner Auffassung falsch ist, weil die Vertrags-
bestimmungen über den Urlaub nicht in dem Sinne an-
gewandt wurden, wie es von den Vertragsparteien ge-
wollt wurde. Denselben Standpunkt hatten wir ein-
genommen. Der Adva geht sogar so weit, zu behaupten,
daß, wenn sich die Klage gegen ein Mitglied des Adva
gerichtet hätte und an einem Ortschiedsgericht zur Ent-
scheidung gekommen wäre, das Urteil zugunsten des
Arbeitnehmers hätte ausfallen müssen, da er auf An-
frage in dem Falle unter allen Umständen erklärt haben
würde, daß die Urlaubsvergütung voll gewährt werden
müsse. Wir haben also hier einen ganz markanten Fall
als Beweis dafür, daß eine Verenderung der Verein-
barung vom 25. April eintreten muß, wenn in der Aus-
legung derselben nicht zweierlei Rechtsgrundsätze auf-
kommen sollen. Den Vorteil aus der Rechtsunsicherheit
würden die unorganisierten Arbeitgeber ziehen. Und trotz-
dem die Ablehnung des Adva. Das versteht er wohl!

Recht sonderbar mutet es uns ferner an, daß der Adva
in seinem Schreiben vom 1. August den Gehilfenverbän-
den noch die Mahnung mit auf den Weg gibt, die so-
genannten Außenleiter auf Arbeitsgerichte in den ver-
traglichen Bindungen nicht günstiger zu stellen, als es
bei den Mitgliedern des Adva durch den Reichstari-
fvertrag der Fall ist. Da darf man nun doch fragen: Wo
steht hier die Konsequenz? — In dem konkreten Falle
lehnt der Adva es ab, die Außenleiter so zu binden, wie
die Mitglieder des Adva, und den Gehilfenverbänden
gibt er Anweisungen über ihr Verhalten als Tarif-
vertragsparteien!

Die Gehilfenverbände brauchen Klarheit in der An-
gelegenheit. Sie haben deshalb das Reichschiebsgericht
zur Entscheidung in der Streitfrage angerufen.

Verlängerung der Lehrzeit?

Seit Jahren geht das Streben vieler Innungen und
Handwerkskammern dahin, die Handwerkslehre über die
früher übliche Dauer von drei Jahren hinaus auszu-
dehnen. In vielen Gewerben hat man heute schon die
3½-jährige Lehrzeit, jetzt möchte man fast allgemein die
vierjährige. Nach § 130a der Gewerbeordnung soll die
Handwerkslehre „in der Regel drei Jahre dauern, sie darf
den Zeitraum von vier Jahren nicht übersteigen“. Die
Handwerksmeister und Innungen behaupten, mit 3 oder
3½ Jahren nicht mehr auskommen zu können. Das be-
gründen sie mit gesteigerten Anforderungen an die Lei-
stungen des Handwerkers, mit der gesetzlichen Verkürzung der
Arbeitszeit und mit dem Berufsschulhebel der Lehrlinge.

Zu allen drei Argumenten wäre vieles zu sagen. Es
ist z. B. nicht richtig, daß in allen Gewerbebezirken die
fachlichen Anforderungen gestiegen sind. In vielen sind
sie infolge der neuzeitlichen Arbeitsweise, der Techni-
sierung, mancher Modereinrichtungen und anderer Faktoren
sogar erheblich gefallen. Was dann die Verkürzung der
Arbeitszeit betrifft, so steht dieser eine weit stärkere Ar-
beitsintensität gegenüber, die auch im kleinsten Hand-
werksbetrieb die Arbeitsleistung und die Anstrengung
des Lernenden viel mehr in Anspruch nimmt. Es muß
hierbei auch immer wieder darauf verwiesen werden, daß
in früheren Zeiten viele Feiertage, blaue Montage im
Kleinbetrieb, Beschäftigung des Lehrlings mit allen
möglichen anderen Arbeiten die tatsächliche Lehrzeit
mehr als der Ahschreibebestand herabdrückten. Auch der
Berufsschulhebel kann nicht als lehrhindernder Faktor
bezeichnet werden.

Trotz dieser Gegenargumente halten die Meister und
Innungen an ihren Forderungen fest. Sie haben dabei
einen guten Verbündeten in dem Überangebot an Lehr-
lingsauswendern und an dem Stillbleiben der übrigen
Bevölkerung, die die Situation nicht überhaut.

So wird z. B. auch ganz übersehen, daß die Gegen-
leistung des Lehrmeisters für die Arbeitsleistung des
Lehrlings in früheren Zeiten weit größer war als heute.
Die früher übliche Kost- und Logisverehrung ist fast all-
gemein fortgefallen. Statt ihrer gibt man Unterhalts-
beihilfen ganz minimaler Natur. So betragen nach
einer Aufstellung der Handwerkskammer von Oberfranken
für ihren Bereich 1928 die „Unterhalts- und Erziehungs-
beihilfen“ im achten Lehrjahrsjahr (also nach 3½-jähriger
Lehrzeit) in nur 11 von 85 Gewerbebezirken 10 und mehr
RM, pro Woche, alle anderen lagen — zum Teil bis
unter 5 RM. — erheblich darunter. Zwar waren diese
Sätze — nämlich — als Mindestsätze bezeichnet, der Kun-
dige weiß, daß sie in 95 Prozent Normalhöhe sind. Unser
Verband stellte 1927 folgende Sätze fest: In 22 großen
und mittleren Städten betragen die Zuschlagsbeträge der
Herrenlehrebetriebe im Nebenten halbjahre höchstens
11,66 RM. (niedrigster Satz 3,60 RM.), der Durchschnitt
betrug 7,32 RM. In 17 Orten für Lehrlinginnen in der
Damenlehrebetriebe die Höchstätze 9. — RM.; der Durch-
schnitt 6,67 RM. Für diese wirtschaftliche Verschlechterung
der Lage des Lehrlings gegenüber früher muß sonst-
wie ein Ausgleich geschaffen werden, und er kann ge-
schaffen werden durch intensive Hingabe der Lehrkraft
an die Ausbildung des Lehrlings.

Die über Gebühr verlängerte Lehrzeit vergrößert die
Last derjenigen Eltern, die nicht in der Lage sind, ihre
Kinder bei solchen niedrigen Vergütungen ein Handwerk
erlernen zu lassen. So wird auch das Handwerk zu einem
Vorrecht besserbegüterter Kreise.

Man kann allerdings bei einzelnen Gewerbebezirken
verschiedener Meinung darüber sein, ob die dreijährige
bzw. dreieinhalbjährige Lehrzeit genügt. Ich meine vor
allem jene, die mit der Sicherung und Gefährdung von
Leben und Gesundheit der Mitmenschen in enger Be-
rührung stehen und deren Erlernung außerordentliche
Anforderungen stellen. Gibt man hier aber nach, so darf
das nicht als Anstoß für alle anderen Gewerbe gelten.

Es ist meiner Meinung nach ein Unfuss, wenn neben
Feinmechanik und Elektroinstallation auch gleichzeitig das
Schuhmacherhandwerk die dreieinhalb bis vierjährige
Lehrzeit fordert, wie es tatsächlich geschieht.

Es hat sich auch das Landesgewerbeamt mehrfach mit
der Frage der Dauer der Lehrzeit beschäftigt. In dem
Protokoll der Sitzung der zuständigen Abteilung vom
28. Mai 1928 heißt es:

„In Punkt 2 der Verlängerung der Lehrzeit für verschiedene
Gewerbe hielt es die Abteilung mit Rücksicht auf die wirt-
schaftlichen Verhältnisse nicht für angebracht, daß von den
Handwerkskammern in den Vorschriften zur Regelung der
Lehrlingshaltung die Mindestlehrzeit allgemein auf mehr als
drei Jahre festgesetzt wird. Eine Verlängerung der Lehrzeit
in einzelnen Gewerben bis zur gesetzlichen Höchstgrenze von
vier Jahren sollte mit Rücksicht auf die Vertriebsartigkeit der
Verhältnisse der Regelung durch die Innungen oder der Ver-
einbarung der Parteien vorbehalten bleiben. Ein Unterschied
in der Festlegung der Dauer der Lehrzeit zwischen Lehrlingen,
die Postgebühren bezahlen, und solchen Lehrlingen, die in Kost und
Wohnung beim Meister sind, ist nach Auffassung der Ab-
teilung B sachlich nicht gerechtfertigt.“

Inzwischen haben viele Innungen infolge des Ueber-
angebotes an Lehrlingen vielfach die Lehrzeit für ihren
Bereich generell auf dreieinhalb bis zu vier Jahren aus-
gedehnt.

Das Landesgewerbeamt beschäftigte sich kürzlich erneut mit
dieser Frage. Seine Stellungnahme ist im Protokoll wie
folgt festgelegt:

„In Punkt 2 der Tagesordnung führte der Berichterstatter
aus, daß das auf Grund des Gutachtens der Abteilung B des
Landesgewerbeamtes vom 28. Mai 1925 bisher beobachtete
Verfahren, eine Verlängerung der Dauer der Lehrzeit im
Handwerk über drei Jahre hinaus den Innungen oder den
Vereinigungen der Lehrvertragsparteien zu überlassen, sich
so lange bewahrt habe, als derartige Anträge sich auf einzelne
Gewerbe beschränkten. Nachdem das Handwerk jedoch jetzt dazu
übergehe, die Dauer der Lehrzeit in fast sämtlichen Gewerben
auf dreieinhalb oder vier Jahre festzusetzen, führe das bis-
herige Verfahren zu sehr großen Unterschieden nicht nur
zwischen den einzelnen Handwerkskammerbezirken, sondern
auch innerhalb des einzelnen Handwerkskammerbezirktes selbst.
Zur Vermeidung dieser Nachteile sollte es das Ministerium
für zweckmäßig, daß in Zukunft die Handwerkskammern die
Dauer der Lehrzeit in den einzelnen Gewerben einheitlich
für den ganzen Kammerbezirk festsetzen. Die Abteilung schloß
sich dieser Auffassung an und gab ihr Gutachten dahin ab, daß
an der im § 130a GO. bestimmten dreijährigen Dauer der
Lehrzeit als Regel festzuhalten sei. Eine Verlängerung der
Lehrzeit könne nur für solche Gewerbe in Betracht, in denen
auf Grund der geistigen, technischen Anforderungen eine
ordnungsgemäße Ausbildung in drei Jahren nicht mehr mög-
lich ist. Nach Auffassung der Abteilung ist dies z. B. bei
Buchbindern, Vitrographen, Steinmetzen, Uhrmachern,
Feinmechanikern, Elektroinstallateuren und Bildhauern der
Fall.“

Diese Stellungnahme ist außerordentlich beachtlich.
Zunächst spricht sich die Abteilung dahin aus, daß in Zu-
kunft die Handwerkskammern die Dauer der Lehrzeit —
und zwar einheitlich für die einzelnen Gewerbe — für
ihren Bereich festsetzen solle. Ferner soll an der drei-
jährigen Lehrzeit als Regel festgehalten werden. Und
endlich soll die Verlängerung der Lehrzeit über drei
Jahre nur dort stattfinden, wo die technischen Anfor-
derungen sie notwendig machen. Nach Auffassung der Ab-
teilung ist dies in den genannten Gewerben der Fall.

Von dieser Stellungnahme bleiben natürlich tarifver-
tragliche Regelungen des Lehrlingswesens, wie sie z. B.
im Buchdruck- und Baugewerbe reichsrechtlich getroffen
sind, unberührt. Solche Regelungen sind naturgemäß
amtlichen Eingriffen vorzuziehen und erwünscht,
weil sie zwischen den Rächstbeteiligten und intimen
Sachkennern vereinbart sind und am ehesten den beruf-
lichen Bedürfnisse Rechnung tragen.

Im Übrigen erscheint die Mahnung angebracht, sich
mehr um die Beeinflussung dieser Dinge durch Innungen
und Handwerksverbände zu kümmern. Das sollten insbeson-
dere die Gesellen- und Lehrlingsauschüsse bei den In-
nungen und Handwerkskammern tun. Hier gilt es, in-
terne Interessen der arbeitnehmenden Bevölkerung zu
wahren. Bernhard Bodecker.

Partei und Gewerkschaften sind eins.

Am 27. Juli hat der Deutsche Bauergewerksbund eine
Bundesversammlung in Berlin abgehalten. Der
Vorwärts (Nr. 248) berichtet, es sei „ein freundliches,
heißes, kolles Gedächtnis, wie weit aus jeder Spalte der
Welt des Sozialismus atmet“. Er berichtet
weiter: „Für sozialistische Betriebe haben am Bau mitge-
wirkt: die Bauhütte, die Hämmer, die Wasserhütte, die
Glaserhütte, die Steinleherhütte.“ Es ist gut, daß einmal
„Vorwärts“ öffentlich festgesetzt wird, daß diese
Unternehmungen sozialistische Betriebe sind. Der sozial-
demokratische Parteivorstand und der Allgemeine Deutsche
Gewerkschaftsbund waren vertreten. Der Vorsitzende des
Deutschen Bauergewerksbundes hielt eine Rede. Er fragte:
Was soll unser Heim sein und antwortete: „Eine Stätte
der gemeinschaftlichen, beruflichen und gesellschaftlichen
Bildung, eine Schule republikanisch-staatsbürgerlicher Er-
ziehung im Sinne sozialistischer Gemeinschaftens ...
Menschen fehlen uns, die die Sozialisierung der Wirtschaft
betreiben. Diese Menschen wollen wir in diesem Heim er-
ziehen.“ Er führt weiter aus, die Bauarbeiter seien wie
die übrigen Arbeiter durch ihre Gewerkschaft und durch die
Sozialdemokratische Partei zur Mitarbeit an der Befreiung
und Verwirklichung erzogen worden. Und er führt
fort:

„Früher galt es auf dem Bau allgemein, heute erfen-
tlicherweise gilt es immer mehr und mehr für eine Selbst-
verständlichkeit, daß bei der Kontrolle der Verbände
dabei auch das Parteibuch gefordert wird.
Wir werden unseren Funktionären sagen, daß sie nicht ver-
gessen dürfen, daß es ein Maurer war, der den deutschen
Arbeitern zurief: Partei und Gewerkschaften
sind eins! Die Partei muß also durch die Ge-
werkschaft und in der Gewerkschaft mehr zur Geltung
kommen als bisher. Wir wollen auch in der Zukunft, daß
unser Mitglieder mit den übrigen organisierten Bau-
arbeitern die Parteiarbeit auf dem Lande leisten. Der
Bauarbeiter ist für alle Betreibungen der Arbeiterkraft
auf dem platten Lande der Fahnenträger.“

Der „Vorwärts“ nennt diese Rede ein Bekenntnis und
ein Programm, und er selbst berichtet unter der Ueber-
schrift „Partei und Gewerkschaften sind eins“. Früher
betritt man, daß sozialdemokratische Partei und freie
Gewerkschaften eins sind. Jetzt wird es offen zugegeben
und es wird verlangt, daß künftig bei der Kontrolle der
Verbandsbücher auch das Parteibuch gefordert wird. Man
wird sich dieses Bekenntnis merken, besonders dann, wenn

einige Verbände der freien Gewerkschaften versuchen, ein
neutrales Mäntelchen umzugeben, um damit Leute zu
gewinnen, die sonst die Sozialdemokratie sicherlich nicht
unterstützen wollen. Tr.

Achtung!

Der 25. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom
25. August bis 31. August; der 26. für die Woche vom
1. bis 7. September.

Gedenktafel.

Es starb unser treuer Kollege
Richard Müller, RM
im Alter von nur 22 Jahren infolge Typhus. Wir
werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

ZUSCHNEIDE-SCHULEN

des Verbandes der Zuschnneider, Zuschnneiderinnen
und Direktoren, Berlin W 66, Mauerstraße Nr. 86/88

Erstklassige Lehranstalt für den Zuschnitt
der gesamten Herren- u. Damengarderobe

Beginn der Tageskurse
am 1. und 15. eines jeden Monats.

Unterrichter wird täglich von 9 Uhr vorm. bis 1½ Uhr nachm.

Beginn der Abendkurse am 1. jeden Monats.

Lehrbücher zum Selbstunterricht für die Herren- und Damen-
schneider, — Schnittmusteranfertigung nach Maß, — Normal-
schnitte einzeln und in Serien, — Prospekte gratis und franko,
Mitglieder sämtlicher Verbände erhalten Rabatt.

Die Moden-Rundschau

Beste und billigste Fachzeitschrift

für jeden Meister und Zuschnneider sowie für jeden Schneider
und Schneiderin. Derselbe wird vom Verband der Zuschnneider,
Zuschnneiderinnen und Direktoren, Sitz Hamburg, heraus-
gegeben. Sie kostet im Jahresabonnement

4,50 Mk. im Jahr

Sechsmal im Jahr erscheint ein Doppelheft
Wir machen uns besonders darauf aufmerksam, daß wir unter
Mithilfe bester Fachleute in dem kommenden Jahr die Fach-
abend-Heft in der Zeitschrift noch wesentlich besser ausgestaltet
werden. Kein Schneider und keine Schneiderin sollte ver-
gessen, die Zeitschrift zu bestellen. Preis für Mitglieder der
Verbände Mk. 4,50

Bestellungen sind zu richten:

Verlag: Die Moden-Rundschau, Hamburg II
Admiralstraße 10 II

Zuschneide-Schulen

der Zuschnneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen

Köln a. Rhein, Neumarkt 27-29 und
Friedr. Köhn, Sübeck, Wühlengasse 69

bieten für Schneider und Schneiderinnen die
beste und erfolgreichste Ausbildung
im Zuschnitt moderner Damen- und Herrenkleidung.

Beginn neuer Kurse am 1. und 16. eines jeden Monats.

Schnittprospekte gratis
Schnittmustererzand
Tübikums-Prospekt gratis!

Die Zeit

erfahren Schneidermeister und -Meisterinnen durch
Lesen einer guten Fachzeitschrift. Jede Saison
bringt neue Einien und Nachverlegungen, unsere

„Praktische Fachwissenschaft“
(Fachzeitschrift für Herren- und Damenmoden)

bringt in Bildern, Zeichnungen und Text mit aus-
führlichen Erklärungen, wonach jedes Muster
aufgestellt werden kann, stets die modernsten fassons.
Artikel und Abhandlungen über Zuschnitt, Zer-
arbeitung, Anprobe und Abänderungen von be-
währten, in der Praxis sich bewährenden Zuschnidern
gehalten, die Zeitschrift lehrreich für jeden Kollegen
und jede Kollegin.

für Verbandsmitglieder beträgt der Bezugspreis
pro Jahr für 8 Hefte Mk. 4,50.

Zu beziehen durch den
Verlag, Köln a. Rh., Neumarkt 27-29.